

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Den Wirkstoff Methylphenidat zur Behandlung des Aufmerksamkeitsdefizits und Hyperaktivitätssyndroms (ADHS) bei Kindern verantwortungsbewusst einsetzen**

Immer häufiger wird bei Kindern die Diagnose „Aufmerksamkeitsdefizit und Hyperaktivitätssyndrom (ADHS)“ gestellt. Mit dem Störungsbild ADHS wird eine im Vergleich zu dem sonstigen Entwicklungsstand eines Kindes übermäßige Unaufmerksamkeit, Impulsivität und Hyperaktivität bezeichnet. Die sichere Diagnose des ADHS gestaltet sich schwierig. Unter den Fachleuten besteht noch Uneinigkeit über die Ursachen der Erkrankung. Derzeit geht man in der medizinischen Wissenschaft davon aus, dass das ADHS psychophysiologische Ursachen hat und durch eine Störung in der Informationsverarbeitung des Gehirns (Dopaminstoffwechsel) verursacht wird. Aus diesem Grunde wird versucht, die Krankheit medikamentös mit Hilfe des Wirkstoffes Methylphenidat (Ritalin, Medikinet) zu behandeln. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass ein großer Teil der Methylphenidat-Verordnungen nicht von Kinderärzten oder Kinderpsychiatern vorgenommen wird. Denn die Behandlung mit Methylphenidat ist nicht unproblematisch. Methylphenidat, das in die Gruppe der Amphetamine gehört und abhängig machen kann, fällt unter das Betäubungsmittelgesetz. Die Daten der Bundesopiumstelle zeigen, dass von 1993 bis 2000 der Verbrauch von Methylphenidat auf das 13,6-fache gestiegen ist. In den letzten beiden Jahren kam es jeweils zu einer Verdoppelung der ausgelieferten Mengen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bei der Ärztekammer und Kassenärztlichen Vereinigung im Land Bremen darauf hinzuwirken, dass Diagnostik und Therapie des ADHS nur durch hierfür qualifizierte Ärzte durchgeführt werden,
2. verstärkt Ärzte/Ärztinnen, Lehrer/-innen, Erzieher/-innen und Eltern über den Stand der Wissenschaft und die mit der Anwendung von Methylphenidat verbundenen Vor- und Nachteile aufzuklären,
3. die Bürgerschaft (Landtag) über die 1. und 2. gewählten Maßnahmen bis zum 15. November 2002 zu informieren.

Doris Hoch, Anja Stahmann,
Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen